

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 6. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 11.02.2016</p>

Beginn: 16.10 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Herr Hamann in Vertretung für Herrn
Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmans

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Eickhoff
Herr Schwalbach
Herr Schobeß
Herr Dr. Marti
Herr Tittmann
Frau Pieper
Herr Donaubauer

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN

III Gäste

Herr Oertel
Herr Steuer

Naturschutzbeirat
BSAG

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann
Herr Imhoff
Herr Schwarz

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 6. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Auf den Tischen liegt eine ergänzende Anlage zu TOP 4 sowie die Vorlage zum Nachtrag TO 11f) Gleisersatzbau Waller Heerstraße. Dieser TOP wird nach TOP 4 aufgerufen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/4 der Sitzung am 03.12.2015 -Protokoll der Sondersitzung am 17.12.2015)	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung - FB 01 -	Vorlage 19/92
-------	---	------------------

Frau Prof. Dr. Reuther stellt die bisherigen Planungen zum Vorhaben anhand einer Präsentation vor.

Frau Bernhard kritisiert die geplante Bebauung. Diese erinnere in der Architektur frappant an das Mussolini- Gebäude in Rom, insbesondere was die Zweigeschossigkeit anbelange. Die vermeintliche Einbeziehung der städtischen Bremischen Gremien sei bescheiden gewesen. Das Ergebnis sei inakzeptabel. Aus der Vielzahl der ablehnenden Leserbriefe sei ein Satz besonders prägnant: „Womit hat Bremen das verdient?“ Diese Frage stelle sie sich ebenfalls. Die Massivität des Vorhabens sei eine unglaubliche Belastung und der erpresserische Zusammenhang zu den Arbeitsplätzen entwürdigend. Ein weiterer Aspekt sei die relative Weigerung der

historischen Aufarbeitung durch das Unternehmen. Etwas Demut wäre in diesem Zusammenhang angebracht gewesen. Die Verkehrssituation sei nach wie vor nicht befriedigend gelöst, auch die Zuliefersituation nicht. Weiter vermisse sie eine Aussage zum Angebot der taz, vier Quadratmeter für ein Denkmal zu erwerben. Dieses müsste der Fairness halber zumindest erwähnt werden. Sie bittet um Erläuterung, was der Investor im Plangebiet tun dürfe.

Herr Senator Dr. Lohse kann keine Ähnlichkeit zum Mussolini- Gebäude erkennen und hält eine solche Unterstellung für unpassend. Zur Frage der Durchführung von Wettbewerben haben sich der der Beirat und auch die Grünen klar positioniert.

Das Angebot der taz, die 4 m² Grundstück käuflich erwerben zu wollen, sei mit einem Schreiben beantwortet worden, das die taz leider sehr unvollständig wiedergegeben habe. Das Grundstück sei nicht eigenständig vermarktbar und war deswegen auch nicht allgemein zum Kauf ausgeschrieben worden. Es stehe jedem Unternehmen gut an, sich mit seiner Vergangenheit auch in der NS-Zeit auseinanderzusetzen und dies angemessen aufzuarbeiten. Aber dies sei nicht kausal mit dem Bauvorhaben zu verknüpfen.

Herr Bücking erläutert, dass die Architektur des Gebäudes gerade nicht mit einer imperialen Architektur verglichen werden könne, sondern im Gegenteil gerade solche Vorstellungen unterlaufe. Es sei aber in der Tat ein ziemlich großes Gebäude. Das Unternehmen wollte 800 Arbeitsplätze an dieser Stelle konzentrieren, woraus sich die Größe ableite. Diese Überlegung, sei durchaus akzeptabel. Er teile die Einschätzung, dass ein Wettbewerb an dieser Stelle das Verfahren der Wahl gewesen wäre. Deswegen werde die Koalition in der Bürgerschaft einen Antrag einbringen, der die Wettbewerbsverfahren stärken solle. Ein Wettbewerb garantiere aber weder, dass immer das Bessere gefunden werde, noch dass Leserbriefspalten danach jubeln werden.

Die Initiative der taz, sich an die Fersen des Unternehmens Kühne zu heften und eine Auseinandersetzung zu erzwingen, war gut. Der Idee mit dem Grundstückskauf könne er jedoch nicht mehr folgen. Dieses Bauprojekt und die unerlässliche Aufarbeitung der Geschichte des Hauses Kühne&Nagel sollte nicht miteinander verknüpft werden. Aber die Öffentlichkeit der Stadt müsse weiter diese Fragen stellen und sie müsse sich Formate überlegen, wie dies im öffentlichen Raum der Stadt sichtbar werden könne.

Die Kreuzung zwischen dem Brückenkopf und der Martinistraße und dem Altenwall sei ein so unwirtlicher Verkehrsraum, dem es nur nutzen könne, hier Kontur zu bekommen.

Herr Crueger meint ebenfalls, dass die Erinnerungspolitik nicht mit dem Bauprojekt vermischt werden solle. Davon hätte weder die Bau- noch die Erinnerungspolitik etwas. Wenn Erinnerungspolitik sinnvoll gestaltet werden solle, müsse dies gesamtgesellschaftlich geeint sein. Die bundesweiten, großen Konzerne hätten ihre Geschichte längst aufgearbeitet, bei den kleineren und mittelständischen Unternehmen sei dies lückenhaft. Man dürfe sich aber nicht auf einzelne Fragen konzentrieren, sondern müsse das Thema gesamtgesellschaftlich betrachten. Dazu gebe es z.B. einen Stadthistoriker beim Focke- Museum.

Herr Imhoff begrüßt das Bauvorhaben, mit dem ein privater Investor für 800 Arbeitsplätze in der Bremer Innenstadt Sorge.

Frau Bernhard findet, dass man beide Fragen zwar nicht grundsätzlich miteinander vermischen könne, dieses spezielle Bauvorhaben sich aber auch nicht so unumwunden von diesem Kontext trennen lasse. Dies habe die öffentliche Debatte gezeigt und es entstehe zu Recht ein Druck, damit es diese gesellschaftliche Auseinandersetzung geben könne. Vor diesem Hintergrund dürfe man nicht nur mit Arbeitsplätzen argumentieren.

Herr Pohlmann hält es für sehr wichtig, die beiden Punkte zu trennen. Das Eine sei das Bauprojekt, das wirtschaftspolitische Projekt, wodurch es gelungen sei, hier in der City für einen relativ großen Bereich Arbeitsplätze zu generieren. Es wäre eindeutig besser gewesen, hier einen Wettbewerb durchzuführen. Über diese Frage müsse man sich insgesamt Gedanken machen. Die Frage der Aufarbeitung gab es z.B. auch in der Überseestadt. Dort wurden Hafenarbeiter, die aufrecht als Demokraten gegen die Nationalsozialisten gekämpft haben, vom Beirat als Namensgeber vorgeschlagen worden. Und es habe Firmen gegeben, die das nicht unbedingt begrüßt haben. Deshalb könne man diese Fragen des demokratischen Widerstan-

des gegen den Nationalsozialismus und welche Rolle einige Firmen dort gespielt haben nicht trennen. Aber es sei von der inhaltlichen Frage dieses Projektes zu trennen.

Herr Viering antwortet zur noch offenen Frage von Frau Bernhard, dass der geltende Bebauungsplan dort ein Kerngebiet ausweise. In einem solchen seien z.B. Spielhallen, Diskotheken usw. zulässig. Diese Nutzungen wolle man dort nicht haben. Daher solle nur das, was der Vorhabenträger konkret plane und vorher mitteile, hier zulässig sein. Er werde dabei auf seinem Grundstück eingeschränkt. Im Übrigen gebe es nur noch eine Straßenverkehrsfläche, über diese könne der Investor nicht bestimmen.

Beschluss:

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 99 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße (Bearbeitungsstand: 13.11.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße (Bearbeitungsstand: 13.11.2015) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 5	Bebauungsplan 2329 für ein Gebiet in Bremen Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm -FB 01-	Vorlage 19/101
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2329 für ein Gebiet in Bremen Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm (Bearbeitungsstand: 13.01.2016) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2329 für ein Gebiet in Bremen Osterholz südlich Scholener Straße, westlich Heiligenbergstraße, nördlich Posthauser Straße und östlich Ehlersdamm (Bearbeitungsstand: 13.01.2016) einschließlich Begründung.

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 102 (mit Vorhabenplan 102) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum - südlich der Heriwardstraße - westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 19/100
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 102 (mit Vorhabenplan 102) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße, westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) (Bearbeitungsstand: 08.01.2016) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 102 (mit Vorhabenplan 102) zum Vorhaben „Bürobau Haus Richardson“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum südlich der Heriwardstraße, westlich der Richthofenstraße (Flurstück 434/49 der Flur VR 358) (Bearbeitungsstand: 08.01.2016).

Einstimmig

TOP 7	Erhaltung von Ingenieurbauwerken 2016/2017 - ASV -	Vorlage 19/104
-------	--	-------------------

Herr Strohmann fragt, inwieweit man den weiteren Bedarf der Instandhaltung der Ingenieurbauwerke im Auge behalte, ob die Mittel reichen oder mittelfristig auch mit Neubauten gerechnet werden müsse. Solche Maßnahmen hätten einen Vorlauf von mehreren Jahren, was eingeplant werden müsse. In Leverkusen z.B. müsse in diesem Zusammenhang eine Brücke über Jahre gesperrt werden, mit entsprechenden Auswirkungen auf die anderen Straßen.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass das Thema sehr viele Bundesländer in ähnlicher Weise betreffe. Es gäbe erste Überlegungen, ob eine Instandhaltungs- und Sanierungsgesellschaft für diese Ingenieur- und Brückenbauwerke in Frage kommen könnte, um gemeinschaftlich die verschiedenen Fragen anzugehen. Die Situation in Bremen habe man im Blick.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahmen 2016 zu

Einstimmig

TOP 8	Umgestaltung Pastorenweg -ASV-	Vorlage 19/105
-------	--	-------------------

Herr Saxe begrüßt die Umgestaltung. Er vermisst jedoch konkrete Aussagen, wie die Attraktivitätssteigerung für Fahrradfahrende erreicht werden solle. Dies sei in der weiteren Planung zu berücksichtigen und darzustellen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme „Umgestaltung Pastorenweg zwischen Altenescher Straße und Morgenlandstraße, Umgestaltung nach Kanalsanierung/ -neubau“ und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 9	Straßenbenennung Universitäts-Boulevard -ASV-	Vorlage 19/96
--------------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 10	Neuerlass der Taxenordnung der Stadtgemeinde Bremen -5-	Vorlage 19/79
---------------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Antrag auf Neuerlass der Taxenordnung der Stadtgemeinde Bremen zum 01.03.2016 zu.

Einstimmig

TOP 11	Berichte der Verwaltung	
TOP 11a)	Brachfläche nördlich der Ahlringstraße, südlich der Straße Zum Sebaldsbrücker Bahnhof und Hastedter Heerstraße bis fast zur Ecke Föhrenstraße („Könecke-Gelände“) -6-	BdV schriftlich

Frau Neumeyer bittet darum, der Deputation nach Abschluss der Gespräche über deren Ergebnis zu berichten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11b)	Grundstücksverfügbarkeit im Ortsteil Mahndorf -6-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

vertagt

TOP 11c)	Realisierung einer KiTa im Mühlenviertel Horn -6-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Bernhard kritisiert, dass angesichts des Bedarfes an Kitaplätzen nicht mehr passiere, als dass die Investoren prüfen, ob eine Kita realisiert werden könne.

Herr Viering erklärt, dass der Bebauungsplan bereits länger beschlossen sei. Damals wurde der Bedarf an dieser Stelle anders eingeschätzt. Sonst hätte man die Bauträger vertraglich zur Berücksichtigung einer Kita verpflichtet. Da die Vorhaben auf Privatgrundstücken realisiert würden, gebe es keine Handhabe der Verwaltung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11d)	Umsetzung des integrierten Leitbildes der Stadtentwicklung Bremen 2020 im Bremer Westen Bericht über die Weiterentwicklung der Schlüsselprojekte und die Umsetzung des Projektorientierten Handlungsprogramms sowie Übertragbarkeit der Ergebnisse der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf andere Stadträume -7-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Bernhard fragt, wie es im Westen weitergehen solle. In diesem Bericht seien viele Projekte zusammengetragen und dargestellt, aber es seien zu wenig Geld und Ressourcen für die Projekte vorhanden. Im Bericht werde gesagt, es brauche zukünftig eine Koordinationsstelle. Sie möchte wissen, ob diese geplant sei und wie diese besetzt und finanziert werden solle. Es sei sehr viel kommuniziert worden. Aber Inhalt und faktischer Effekt für den Westen fehlten.

Herr Pohlmann erklärt, dass er selbst an sehr vielen Beteiligungsprozessen und Diskussionen beteiligt gewesen sei. Ein Schwerpunkt sei gewesen, gerade im Vorfeld im Bereich von präventiven weiteren städtebaulichen Entwicklungen aber auch für eine soziale Stadtentwicklungspolitik, gerade in den alten Quartieren des Bremer Westens, stabilisierende Maßnahmen einzuleiten. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles mit Maßnahmen einer Stadtentwicklungspolitik zu machen sei. Das Kernproblem sei die soziale Frage, aber trotzdem sei dieser Ansatz, der hier dargestellt worden sei, mit den Synergieeffekten nicht nur für die alten Quartiere im Stadtteil Walle, sondern bis hin nach Gröpelingen und der Dynamik, die sich in der Überseestadt entwickelt habe, vollkommen berechtigt. Es wurde lange über Bevölkerungsentwicklungen, Fragen der Wirtschaftskraft, Zusammensetzung der Bevölkerung diskutiert und es zeige sich, dass es in großen Bereichen, kurz- bis mittelfristig, eine positive Weiterentwicklung geben werde. Natürlich habe es viele Probleme und strittige Punkte gegeben, bei Fragen zur Holsteiner Straße, der Frage, den Osterfeuerberger Ring als breite Schneise zurückzubauen, bis hin zur Entwicklung der Union Brauerei, die als ein Leuchtturmprojekt das Quartier mittlerweile stabilisiert habe. Die Frage nach der koordinierenden Stelle werde in den Haushaltsberatungen konkret besprochen werden müssen.

Herr Strohmann teilt die Auffassung von Frau Bernhard. In den letzten 25 Jahren habe man nicht viel erreicht. Es wurde einerseits über Baumaßnahmen, und andererseits über verbesserte Strukturen versucht, Verbesserungen zu erzielen. Bei Baumaßnahmen sollte man auch bleiben. Aber man sollte anfangen, die Strukturen, die diesen Bremer Westen groß gemacht haben, zu nutzen. Dies seien die Vereine, die gewerkschaftlichen Organisationen und dergleichen. Und nicht selbsternannte Organisationen mit kulturellen oder pädagogischen Ansätzen. Man brauche weniger Power-Point-Präsentationen, sondern müsse die Menschen in den Vereinen u. ä. vor Ort unterstützen.

Frau Prof. Dr. Reuther weist darauf hin, dass es hier um das integrierte Stadtteilentwicklungskonzept für den Bremer Westen gehe, mit den Standorten Walle und Gröpelingen. Es gab eine längere Auseinandersetzung über ein Leitbild der Stadtentwicklung und dieser Raum wurde ausgewählt. Die Projekte und die Kommunikation über die Projekte sei intensiv mit all den Trägern und Akteuren, die eine solche Stadtentwicklung tragen, kommuniziert worden. Dazu brauche man auch ab und zu eine Power-Point-Präsentation, auch um Angebote und Prozesse voranzubringen. Zumindest die Beiräte aus Gröpelingen haben die Bearbeitung und auch den POP – Prozess sehr kritisch konstruktiv begleitet. Die Akteure haben sich in diesen Prozess eingebracht und gemeinsam mit dem Ressort diese Schlüsselprojekte, die hier aufgeführt seien, benannt und diese seien alle ein Stück vorangekommen. Insgesamt sei Stadtteilentwicklung ein ressortübergreifendes Thema. Es gehe nicht nur um Bauprojekte, sondern auch darum, andere Nutzungsarten, wie zum Beispiel Kitas, in die Standorte zu bringen. Das gehe nur in solchen Prozessen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11e)	Realisierung des Autobahnringenschlusses BAB A 281 - 5-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 6. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 11.02.2016

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

NACH- TRAG TOP 11f)	Gleisersatzbau Waller Heerstraße -5-	BdV schriftlich	
------------------------------------	--	--------------------	--

Herr Steuer berichtet, dass der neue Bahnkörper in der Waller Heerstraße durch querende und längs fahrende PKW beschädigt werde. Es gehe um den besonderen, grünen Bahnkörper in dem Abschnitt zwischen den Haltestellen Waller Friedhof und Waller Straße. Dieser Bahnkörper werde in Längsrichtung befahren, was keinen Sinn mache. Es gebe auch keinen Anlass ihn quer zu befahren, dies passiere trotzdem. Dadurch sei der erst im letzten Jahr eingebrachte Rollrasen stark beschädigt worden, ebenso die Schienenkanten, die die Schienenanlagen vor elektrischen Streuströmen schützen. Diese Anlage müsse mit einem hohen materiellen, finanziellen Aufwand wieder instand gesetzt werden. Es sei aber davon auszugehen, dass genau das Gleiche wieder passiere. Dies sei finanziell auf Dauer nicht zu tragen. In einem zweiten Abschnitt in der Gröpelinger Heerstraße, wo allerdings nur der Bereich zwischen den Richtungsgleisen eingegrünt sei, komme es ebenfalls zu Beschädigungen. Dort sei beiderseitig Geschäftsbesatz und auch dort werde der Bahnkörper unzulässig gequert.

Herr Polzin erläutert, dass die BSAG verschiedene Optionen vorgeschlagen habe, wie man sich dem Problem nähern könne. Diese würden jetzt mit dem ASV und der technischen Stadtbahnaufsicht abgestimmt. Ziel sei es, die Beschädigungen dauerhaft zu verhindern.

Herr Pohlmann bittet, der Deputation über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Sachstand zum Verkauf des Neustadts-Bahnhofs	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Schiemann	Geplant am 10.03.2016
Bericht zur Fleetbrücke Habenhausen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Strohmann	Geplant am 10.03.2016

Herr Pohlmann schließt die 6. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll